

Überblick

Kräftiger Impuls vom Ausland, schwache Binnennachfrage

Nach der konjunkturellen Seitwärtsbewegung in der zweiten Hälfte 2004 hat die deutsche Wirtschaft während der ersten Monate des laufenden Jahres wieder Tritt gefasst. Den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge nahm das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um 1 % und damit überraschend kräftig zu. Auch im Vorjahrsvergleich ergibt sich eine bemerkenswerte Verbesserung von 0,5 % im Schlussquartal des letzten Jahres auf 1,1 % im ersten Jahresviertel 2005. Das gilt jedenfalls, wenn man auf die kalenderbereinigten Angaben abstellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis für das vierte Quartal 2004 wegen der ungewöhnlich hohen Zahl von Arbeitstagen gegenüber den unbereinigten Ursprungszahlen stark nach unten gedrückt worden ist, während das jetzt vorgelegte Ergebnis für das erste Quartal dieses Jahres wegen der relativ geringen Zahl von Arbeitstagen auf Grund der Osterfeiertage im März deutlich über den unbereinigten Ursprungswert heraufkorrigiert wurde. Manches spricht dafür, dass damit sowohl der Rückgang im vierten Quartal als auch die Erholung im Berichtszeitraum etwas überzeichnet werden. Aber auch wenn man diese möglichen statistischen Unschärfen in Rechnung stellt, verbleibt im ersten Jahresviertel ein beachtliches Plus. So ergibt sich für die beiden letzten Quartale (viertes Quartal 2004 und erstes Quartal 2005) zusammen genommen, in denen sich diese außergewöhnlichen Kalendereffekte weitgehend ausgeglichen haben dürften, eine Zuwachsrate des Brutto-

*Erfreulicher
Jahresauftakt*

inlandsprodukts gegenüber den vorangegangenen zwei Quartalen um 0,4 %.

Auslandsnachfrage als Konjunkturmotor

Hauptantriebskraft der wirtschaftlichen Erholung im ersten Quartal 2005 war die Auslandsnachfrage. Zwar hat im Frühjahr die Expansion der Weltwirtschaft unter dem Eindruck der auf neue Höhen gestiegenen Rohölpreise und der Markterwartung, dass die Lage an den Ölmärkten angespannt bleiben wird, etwas an Elan eingebüßt. Die negativen konjunkturellen Folgen der Hausse an den Rohstoffmärkten hielten sich aber bislang in Grenzen. Neben der gesunkenen Energieabhängigkeit der Produktion in den Industrieländern spielt hierbei sicherlich auch eine Rolle, dass sich die zusätzlichen Erlöse in den Öl exportierenden Ländern offenbar rascher als in der Vergangenheit in einer steigenden Importgüternachfrage der Ölproduzenten niederschlagen, wovon die deutsche Wirtschaft und andere Öl verbrauchende Länder profitieren (siehe Erläuterungen auf S. 12 f.).

Inlandsnachfrage noch schwach

Die Kehrseite des einseitig auf den Export gestützten Wachstums ist die hohe außenwirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Konjunktur. Die ausgeprägten globalen Ungleichgewichte bergen jedenfalls Risiken, die besonders auf Deutschland durchwirken könnten, weil die schwache Binnennachfrage hier kein ausreichendes Gegengewicht darstellt. Die Inlandsnachfrage hat sich nämlich auch zu Beginn dieses Jahres nicht von ihrer gedämpften Grundtendenz gelöst. Vom privaten Konsum gingen trotz der gestiegenen Einzelhandelsumsätze nach den bislang vorliegenden Zahlen im ersten Quartal keine belebenden Impulse aus. Die Bauinvestitionen

blieben zum Teil witterungsbedingt schwach, und eine nachhaltige Belebung der Ausrüstungsinvestitionen lässt weiter auf sich warten.

Nach den Umfragen des ifo Instituts hat sich die Stimmungslage bei den Unternehmen im Verlauf der ersten Monate dieses Jahres eingetrübt. Mit der beabsichtigten Senkung der Körperschaftsteuersätze wurde zwar der Versuch unternommen, von dieser Seite die Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten und mehr Beschäftigung zu verbessern. Dies wäre vor allem dann der Fall, wenn sie nicht als Einzelmaßnahme, sondern als Schritt zu einer umfassenden Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer verstanden werden kann. Neue Vertrauensprobleme würden freilich aufgeworfen, wenn das Vorhaben jetzt noch scheitern würde. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage und den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung müssen aber auch weitere Steuerzufälle vermieden werden.

Stimmungslage und Erwartungen verschlechtert

Überdies haben kritische Äußerungen zum wettbewerbsorientierten Verhalten von Unternehmen und Investoren neue Unsicherheit mit sich gebracht. Zusammen mit der vom Bundeskabinett beschlossenen Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, die auf eine Erweiterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in Reaktion auf den durch die fortschreitende EU-Osterweiterung befürchteten Lohn- und Druck zielt, weckte dies offensichtlich Zweifel an der Bereitschaft, den bisherigen wirtschaftspolitischen Reformkurs fortzusetzen. In dieser Debatte sollte die Einsicht einkehren,

dass Arbeitsplätze, die höhere Kosten verursachen, als die Beschäftigten zum Unternehmensergebnis beitragen, in einer offenen Volkswirtschaft nicht überlebensfähig sind.

*Arbeitsmarkt
noch ohne
konjunkturelle
Besserung*

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich noch nicht durchgreifend verbessert. Zwar ist die registrierte Arbeitslosigkeit im Verlauf des Berichtszeitraums wieder etwas gesunken, und zwar auf saisonbereinigt 4,89 Millionen im April. Dies ist aber weniger Anzeichen einer konjunkturellen Besserung, sondern vielmehr Ausdruck einer verspäteten Frühjahrsbelebung und von Entlastungen im Zusammenhang mit der Registrierung ehemaliger Arbeitslosenhilfeempfänger. Jedenfalls zeichnete sich bis zuletzt noch kein Ende des bei den voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern zu beobachtenden Rückgangs ab. Die Zunahme der Erwerbstätigen im ersten Quartal ist vor allem auf die Entwicklung der staatlich unterstützten Sonderformen der Erwerbstätigkeit zurückzuführen. Durchgreifende Erfolge bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sind nicht nur der Schlüssel zur Stärkung des Vertrauens der Verbraucher und ihrer Einkommensperspektiven; sie wären auch ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und der sozialen Sicherungssysteme.

*Geldpolitischer
Rahmen*

Die Geldpolitik des Eurosystems steht dem jedenfalls nicht im Wege. Mit einer glaubwürdig auf Preisniveaustabilität ausgerichteten

Politik und günstigen Finanzierungsbedingungen sind von der monetären Seite die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung gegeben. Trotz der erneut höheren Ölpreise ist der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe mit zuletzt 1½ % im April auch weiterhin im Einklang mit Preisstabilität. Die Preisentwicklung wirkt damit unverändert Kaufkraft stützend. Niedrige Zinsen in allen Laufzeitbereichen stärken überdies die Ausgabebereitschaft von der Finanzierungsseite. Auch die Kreditzinsen der Banken in Deutschland haben sich weiter verbilligt, und die am deutschen Markt tätigen Institute haben ihre Vergabebedingungen leicht gelockert. Trotzdem stagniert die Kreditnachfrage in Deutschland; sie bleibt damit deutlich hinter der Entwicklung im übrigen Euro-Gebiet zurück, wo teilweise eine lebhafte Kreditnachfrage der Privaten für Immobilienkäufe und zur Unternehmensfinanzierung das Bild prägt.

Wenn die Schwäche der Inlandsnachfrage in Deutschland nachhaltig überwunden und mit neuen Investitionen sowie einer höheren Erwerbsbeteiligung das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft gestärkt werden soll, gibt es zu weiteren entschlossenen Reformmaßnahmen in Deutschland keine Alternative. Das gilt für den Arbeitsmarkt und den Bereich der Lohnbildung ebenso wie für die soziale Sicherung und das Steuersystem.